

1 21.01.2019

Beschlussvorlage

2

3

Europäische Aufgaben anpacken – Europa der Werte verteidigen

- 4 Die Europäische Integration hat maßgeblich zu einer nie gekannten Phase des Friedens, der
- 5 Freiheit, der Sicherheit und des Wohlstandes in Europa geführt. Deutschland hat hiervon
- 6 besonders profitiert. Die Europäische Integration ist ein politisches Erfolgsprojekt, das zum
- 7 ersten Mal in der Geschichte Europas in Partnerschaft der Nationen die stabilste und
- 8 friedlichste und dabei zugleich freieste und einer der wohlhabendsten Regionen der
- 9 Geschichte erbaut wurde. Die europäische Einigung zu wahren, zu pflegen und auszubauen
- 10 ist gerade in Zeiten großer Herausforderungen eine historische Verantwortung, zu der
- sich die Vorsitzenden der Fraktionen von CDU und CSU bekennen.
- 12 Die Europäische Union ist dabei auch eine Wertegemeinschaft auf Grundlage unserer jüdisch-
- 13 christlichen Tradition, in der Menschenwürde, die Wahrung der Menschenrechte,
- 14 Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Demokratie Solidarität, Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit,
- 15 Nichtdiskriminierung oberste Grundsätze sind (wie in Artikel 2 im EU-Vertrag verankert). Diese
- 16 Werte sind die Grundlage unseres Zusammenlebens in Europa. Sie müssen auch Basis allen
- 17 staatlichen Handels in den Mitgliedstaaten sein. Die Einhaltung dieser Werte muss auch für
- die Auszahlung von EU-Fördermitteln maßgeblich sein.
- 19 Darüber hinaus ist die Europäische Union eine Wirtschaftsgemeinschaft, die für alle Menschen
- 20 in Deutschland Wohlstand erhält und neue Arbeitsplätze schafft. Europa hat einen echten
- 21 Mehrwert für die Menschen in Deutschland und Europa.
- 22 Der Gemeinsame Markt und der europäische Binnenmarkt sind Kernerrungenschaften der EU.
- 23 Auch europäische Mindeststandards für Arbeitsschutz und Arbeitnehmerrechte schützen
- 24 unsere Wettbewerbsfähigkeit und damit Arbeitsplätze. Die Fraktionsvorsitzenden von CDU
- 25 und CSU bekennen sich zum Ziel, EU-weit mehr Wachstum und gute neue
- 26 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen, damit die Europäische Union eine
- 27 Stabilitätsunion bleibt und sich nicht zu einer Schulden- und Umverteilungsunion entwickelt.
- 28 Was viele Jahre zum politischen Grundkonsens gehörte, muss heute neu und entschlossen
- 29 gegen populistische Tendenzen von links und rechts verteidigt werden in Deutschland
- 30 ebenso wie in anderen Ländern Europas. In den vergangenen Jahren ist viel Vertrauen in die
- 31 Lösungsfähigkeit der Europäischen Institutionen verlorengegangen. Überall in Europa finden
- 32 populistische Bewegungen Zulauf, die schlichte Antworten auf komplexe Fragen als
- vermeintliche Lösung anbieten. Es erfüllt uns mit großer Sorge, wenn solche Argumentationen
- auf Ausgrenzung und gesellschaftliche Spaltung abzielen.

- 35 Die Vorsitzenden der Fraktionen von CDU und CSU stellen sich einer solchen Entwicklung klar
- 36 entgegen. Wir stehen jederzeit eindeutig und unmissverständlich für die europäischen Werte
- 37 und einen klugen Ausgleich zwischen europäischen und nationalen Interessen ein.
- 38 Auch gegenüber unseren Partnern in der Europäischen Union darf es keinen Rabatt auf unsere
- 39 gemeinsamen Werteverpflichtungen geben. Im Diskurs um die gemeinsame beste Lösung
- 40 darf es keine Abstriche bei Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit in einzelnen
- 41 Mitgliedsstaaten geben.
- 42 Unabhängig davon betonen die Vorsitzenden der Fraktionen von CDU und CSU die Bedeutung
- der Partnerschaft zu unseren Nachbarn in Polen und der Tschechischen Republik, die Rolle,
- 44 die Polen und Ungarn vor dreißig Jahren bei der friedlichen Revolution in der damaligen DDR
- 45 und deutschen Wiedervereinigung zukam sowie die Funktion Deutschlands als Nahtstelle zu
- 46 den EU-Mitgliedsstaaten des ehemaligen Ostblocks. Ohne den Widerstand gegen den
- 47 Kommunismus in den Ländern Osteuropas, für den viele Stationen des Freiheitskampfes
- 48 stehen, wie der Aufstand in Ungarn 1956, der Prager Frühling 1968, die Gründung der ersten
- 49 freien Gewerkschaft und späteren Bürgerbewegung Solidarność 1980 in Polen und ohne den
- 50 Mut der Frauen und Männer, die mit Kerzen demonstrierten, wäre es weder zur friedlichen
- 51 Revolution in der DDR noch zur Überwindung des Kommunismus gekommen. Die Wegbereiter
- 52 zur deutschen Einheit und zur Vereinigung Europas verdienen auch weiterhin unseren Respekt
- 53 und unsere Unterstützung.
- 54 Europa bedarf der ständigen Weiterentwicklung. Um das Vertrauen in die Europäische
- 55 Einigung zu erhalten und zu stärken, ist es erforderlich, sich ständig den Herausforderungen
- unserer Zeit zu stellen. Wir brauchen europäische Lösungen für viele drängende Aufgaben.
- 57 Die Vorsitzenden der Fraktionen von CDU und CSU wollen an solchen Lösungen mitarbeiten.
- 58 Wir werben dabei um die Kompromissbereitschaft aller Beteiligten unter dem Dach des
- 59 gemeinsamen Wertekonsenses.

65

66

67

68

69

70

71

72

- 60 Als zentrale Aufgaben, die auf europäischer Ebene umgesetzt werden müssen, sehen die
- Vorsitzenden der Fraktionen von CDU und CSU dabei:
- Die Weiterentwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, in der
 Europa unter Berücksichtigung der nationalen Souveränität eine stärkere Rolle für
 Frieden und Freiheit in der Welt übernimmt.
 - In einer globalisierten Welt voller komplexer Konflikte kann eine geeinte Europäische Union wichtiger Vermittler sein. Gerade in einer immer stärker globalisierten und multipolaren Welt ist es entscheidend, dass Europa in außen- und sicherheitspolitischen Fragen möglichst mit einer Stimme spricht, damit auch unsere Interessen international wahrgenommen werden. Dazu ist es notwendig, dass Beschlüsse auch mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden können. Es ist dafür erforderlich, gemeinsam mehr Verantwortung zu übernehmen. Die Stärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, gemeinsame Anstrengungen für Frieden und Entwicklung sowie die

bessere Bündelung und Vernetzung militärischer Strukturen, an deren Ende eine gemeinsame Europäische Armee stehen kann, sind notwendig, um langfristig als starker, unabhängiger und ernstzunehmender Partner auf internationalem Parkett anerkannt zu werden und damit künftig auch in größerer Eigenverantwortung unsere Sicherheit als Europäer zu gewährleisten.

- Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gegen Kriminalität und internationalen Terrorismus.

Der Kampf gegen organisierte Kriminalität und vor allem gegen den internationalen Terrorismus – sei er rechtsextremistisch, linksextremistisch oder religiös-extremistisch motiviert – verlangt zunehmend die grenzüberschreitende Zusammenarbeit unserer Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden. Es ist nicht akzeptabel, dass mangelnder Informationsaustausch die Prävention oder Verfolgung schwerer Straftaten erschwert. Solche Hürden abzubauen und die Zusammenarbeit und grenzüberschreitende Verfolgung von Terror und Kriminalität zu gewährleisten, wird zunehmend Grundlage für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Die hierzu begonnenen Maßnahmen müssen entschlossen vorangebracht und mit Leben gefüllt werden

- Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Europas Grenzregionen sind vernetzt. Zwischen Deutschland und seinen Nachbarn existieren zahlreiche Kooperationsmodelle, und zwar in vielen Bereichen. In den Grenzregionen kommt die europäische Integration in besonderer Weise zum Ausdruck. Dort sind Austausch und Kooperation konkret und für die Menschen positiv erlebbar.

Die grenzüberschreitende Mobilität mit unseren europäischen Nachbarn ist eine wichtige Voraussetzung für die weitere gute Entwicklung des Arbeitsmarktes, für gesellschaftliche Teilhabe und Bildung. Deutschland profitiert durch seine Lage im Herzen Europas besonders vom grenzüberschreitenden Austausch von Gütern, Dienstleistungen, von Handel und Begegnungen im Kleinen wie im Großen.

Für die CDU und CSU als die Europaparteien in Deutschland ist Europa Herzensangelegenheit, Anspruch und Herausforderung zugleich. Wir werden daher den Kooperationsprozess weiter voranbringen, aber auch Herausforderungen ehrlich ansprechen und durch intensive Kommunikation und vertrauensvolle Kooperation bewältigen.

Es gilt, bürokratische und gesetzliche Hürden konsequent abzubauen, die die Entwicklung verlangsamen und einen Nachteil für Unternehmens- und Hochschulkooperationen darstellen. Als Grundlage unserer Politik gilt dabei das Prinzip der Subsidiarität. Was vor Ort, in der Region, im Land oder im Mitgliedstaat besser und sinnvoller geregelt werden kann, soll auch dort geregelt werden. Die Aufgabe Europas lässt sich aus unserer Sicht in einem Satz zusammenfassen: Europa soll sich um die großen Gemeinschaftsaufgaben kümmern, aber nicht um alle Bereiche unseres Alltags.

Die Fraktionsvorsitzenden der CDU und CSU bekennen sich zu einer Stärkung des wirtschaftlichen, territorialen und sozialen Zusammenhalts der EU und setzen auf die weitere Verzahnung mit unseren Nachbarn, um die Zusammenarbeit und Durchlässigkeit auf allen Gebieten zu stärken. Grundsätzlich sollte der Konsolidierung der EU nach innen Vorrang gegenüber neuen Erweiterungen eingeräumt werden.

Die Sicherstellung einer engen Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten.

Die Vorsitzenden der Fraktionen von CDU und CSU bedauern, dass sich mit dem Vereinigten Königreich ein wichtiger Teil der europäischen Wertegemeinschaft und damit ein starker und bedeutender Partner Deutschlands in vielen internationalen und auch innereuropäischen Fragen entschlossen hat, die Europäische Union zu verlassen. Wir wollen dennoch im gegenseitigen Interesse eine möglichst enge Partnerschaft erhalten, die deutlich über eine Handelspartnerschaft hinausgeht und der Tatsache Rechnung trägt, dass das Vereinigte Königreich auch außerhalb der Europäischen Union integraler Bestandteil Europas ist und bleibt. Auch nach der Ablehnung des zwischen der Europäischen Union und der britischen Regierung ausgehandelten Abkommens durch das Unterhaus des Vereinigten Königreichs, verleihen die Vorsitzenden der Fraktionen von CDU und CSU der Hoffnung Ausdruck, dass ein harter Brexit noch abgewendet werden kann und es zu einer europafreundlichen Austrittsvertrag, besser noch zu einer Remain-Lösung kommt.

Ebenso bekennen sich die Vorsitzenden der Fraktionen von CDU und CSU zur transatlantischen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Auch wenn sich die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA auf Grund politischer Entscheidungen der derzeitigen US-Regierung schwierig gestalten, bleiben die USA ein wichtiger Partner Europas, weil uns gemeinsame Werte, die NATO und vielfältige Verbindungen untrennbar zusammenhalten.

Eine nachhaltige Lösung für Humanität, Ordnung und Steuerung der Migration nach Europa.

International weiterhin hohe Flüchtlingszahlen und zunehmende Armutsmigration werden für Europa dauerhaft eine große Herausforderung bleiben. Dies gilt allein schon deshalb, weil ein freies, demokratisches, prosperierendes und wohlhabendes Europa Sehnsuchtsort für viele Menschen auf der Erde bleibt. Europa muss auf diese Herausforderung noch besser und überzeugender gemeinsame Antworten finden.

Unter Beachtung der in den Staaten der Europäischen Union bestehenden Aufgaben und Herausforderungen wollen wir auch weiterhin Menschen in Not helfen und uns von unseren Werten der Humanität und der Menschenrechte im Umgang mit Schutzsuchenden leiten lassen.

Wir werden dazu beitragen, in den Herkunftsregionen die Fluchtursachen abzubauen, um Zukunftsperspektiven für die Menschen vor Ort zu schaffen. Hierzu gehören neben der notwendigen humanitären Hilfe und der Beilegung von Konflikten auch die Unterstützung beim Aufbau stabiler staatlicher Strukturen.

Unser Ziel bleibt, Lösungen im gemeinsamen europäischen Interesse zu finden. Dazu gehört der bessere Schutz der gemeinsamen Außengrenzen als zwingende Voraussetzung für die unverzichtbare Freizügigkeit im Inneren, die Entwicklung gemeinsamer Standards und Verfahren in Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten, die die Belange aller Mitgliedstaaten angemessen berücksichtigen sowie eine faire und tragfähige Verteilung berechtigt Schutzsuchender auf die Mitgliedstaaten.

Gleichzeitig bedarf der Zuzug nach Deutschland und Europa der Begrenzung, der Ordnung und der Steuerung, um Missbrauch und einer Überforderung der Aufnahmegesellschaft zu begegnen. Seit der Migrationskrise des Jahres 2015 wurden bereits viele Verbesserungen erreicht. Wirksame Mechanismen zur Verhinderung Sekundärmigration und die gemeinsame Durchführung von Asylverfahren überwiegend an den Außengrenzen sowie gemeinsame Rückführungen von dort müssen Ziel weiterer Verhandlungen bleiben. Die Überarbeitung der Rückführungsrichtlinie leistet hierzu einen konsequenten Beitrag, um Rückführungsverfahren zu beschleunigen, unerlaubte Sekundärmigration und ein Untertauchen rückzuführender Personen zu verhindern. Wir halten die Erweiterung der Befugnisse und personelle Aufstockung von FRONTEX, mit Blick auf die oben beschrieben Herausforderungen, für ein wichtiges politisches Ziel.

Deutschland benötigt gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte aus der EU und auch aus dem Nicht-EU-Ausland. Dazu bedarf es eines Rechtsrahmens für die legale Einreise in die und den rechtmäßigen Aufenthalt Drittstaatsangehöriger in den Mitgliedsstaaten. Die Achtung vor der Souveränität jedes Mitgliedsstaates gebietet jedoch dessen Letztentscheidungsrecht über den Aufenthalt in dem jeweiligen Land.

178179

180

181

182

183

184

185

186

187

188

189

190

156

157

158

159

160161

162

163

164

165

166

167

168

169170

171

172

173

174

175

176

177

- Eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik in Europa

Die Aufstellung des neuen mehrjährigen Finanzrahmens stellt die Weichen für die politischen Prioritäten der Europäischen Union in den kommenden Jahren. Zusätzliche Aufgaben auf europäischer Ebene und der Austritt des Vereinigten Königreichs erschweren die Finanzierbarkeit wichtiger Vorhaben. Es ist erforderlich, die Aufgaben und Ausgaben der EU stärker entsprechend ihrer Potentiale zur Stärkung der europäischen Gemeinschaft und der zukünftigen Entwicklungspotentiale zu priorisieren. Der Bund hat signalisiert, dass es grundsätzlich bereit ist, einen höheren Beitrag aus dem Bundeshaushalt zur Finanzierung sinnvoller und wichtiger europäischer Maßnahmen beizusteuern. Die Vorsitzenden der Fraktionen von CDU und CSU sind hierfür offen. halten den Zeitpunkt angesichts verhaltenen Zugleich sie jetzigen der Verhandlungsfortschritte auf EU-Ebene für verfrüht, um über diese Frage endgültig zu entscheiden.

191192193

194

Die Vorsitzenden der Fraktionen von CDU und CSU unterstreichen die Bedeutung der Kohäsionspolitik als eine der wichtigsten Politiken der Europäischen Union, um die Konvergenz der europäischen Regionen sowie deren wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt zu unterstützen. Nach wie vor besteht in vielen Regionen insbesondere im Osten Deutschlands ein bedeutender Nachholbedarf. Die vorgesehenen finanziellen Einschnitte bei der EU-Kohäsionspolitik sind nicht zielführend und entsprechen nicht dem besonderen europäischen Mehrwert der Kohäsionspolitik. Wir wollen auch in Zukunft eine starke EU-Kohäsionspolitik in allen Regionen, insbesondere auch in den bisherigen Übergangs- und den stärker entwickelten Regionen.

Im Sinne einer leistungsgerechten Finanzierung der Aufgaben halten die Vorsitzenden der Fraktionen von CDU und CSU den Abbau unfairer Steuerpraktiken innerhalb der Europäischen Union für erforderlich, ohne die nationale Souveränität in Steuerfragen dabei in Zweifel zu ziehen. Die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU begrüßen in diesem Zusammenhang das "BEPS-Projekt" (*Base Erosion and Profit Shifting*), dem sich alle Staaten der OECD und der G20 sowie mehrere Schwellenländer angeschlossen haben. Dieses Projekt hat zum Ziel, gemeinsam gegen schädlichen Steuerwettbewerb der Staaten sowie gegen aggressive Steuerplanungen und nicht wertschöpfungsgerechte Gewinnverschiebung international tätiger Konzerne vorzugehen.

Gerade der grenzübergreifende Handel macht allerdings europäische Mindeststandards für die Besteuerung grenzübergreifend agierender Unternehmen erforderlich, um die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu gewährleisten und die Akzeptanz und das Verständnis der Menschen in steuerpolitische Entscheidungen nicht zu untergraben.